

Sehr geehrter Herr Dr. Lange,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Für mich ist klar: Die derzeitige Altersversorgung von Abgeordneten muss reformiert werden. Viele Menschen arbeiten jahrzehntelang, zahlen in die gesetzliche Rentenversicherung ein und müssen trotzdem im Alter mit einer zu niedrigen Rente auskommen. Deshalb ist es schwer nachvollziehbar, warum für Abgeordnete weiterhin eigene Versorgungssysteme gelten.

Ich unterstütze daher das Ziel, Abgeordnete künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Die Linke setzt sich dafür seit Jahren auf Landes- und Bundesebene ein. Politik darf sich nicht von den Lebensrealitäten der Menschen abkoppeln.

Gleichzeitig braucht eine solche Reform eine sorgfältige und rechtssichere Ausgestaltung. Der aktuell vorgelegte Gesetzentwurf ist ein Diskussionsbeitrag, ersetzt aber keine gründliche parlamentarische Beratung. Aus meiner Sicht wäre es falsch, ein so komplexes Thema unter Zeitdruck zu behandeln, ohne alle sozialen, rechtlichen und finanziellen Auswirkungen ausreichend zu prüfen.

Zur Ehrlichkeit in dieser Debatte gehört aber auch: Die eigentliche Herausforderung liegt nicht allein in der Altersversorgung von Abgeordneten, sondern in der zunehmenden Unsicherheit vieler Menschen im Rentensystem insgesamt. Während manche über gute Versorgungssysteme verfügen, wächst gleichzeitig die Gefahr von Altersarmut – besonders bei Menschen mit niedrigen Einkommen, unterbrochenen Erwerbsbiografien oder Pflegezeiten.

Deshalb setze ich mich dafür ein,

- dass Abgeordnete künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen,
- dass das allgemeine Rentenniveau wieder angehoben wird,
- und dass Altersarmut wirksam bekämpft wird.

Eine Reform der Abgeordnetenversorgung ist aus meiner Sicht richtig und notwendig – sie sollte jedoch Teil einer umfassenden Rentenpolitik sein, die allen Menschen ein würdevolles und sicheres Leben im Alter ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen

Natalie Nagel